

**Antwort
der Bundesregierung**

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Terborg, Büchler (Hof), Curdt, Haehser, Dr. Haack, Heimann, Hiller (Lübeck), Ibrügger, Kastning, Dr. Kübler, Frau Dr. Hartenstein, Löffler, Rappe (Hildesheim), Schlaga, Stiegler, Nehm, Grobecker, Grunenberg, Waltematthe, Dr. Schmude, Dr. Hauff, Walther, Frau Traupe, Heistermann und der Fraktion der SPD

— Drucksache 10/478 —

Weser- und Werra-Versalzung

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen hat mit Schreiben vom 25. Oktober 1983 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern wie folgt beantwortet:

1. Wie ist der gegenwärtige Stand der Verhandlungen mit der DDR zur Frage der Verschmutzung und Belastung von Elbe, Weser, Werra und anderer Gewässer, die durch die DDR erfolgen?

Bundesregierung und Elbanliegerländer haben in bisher zwei Expertengesprächen der DDR nachdrücklich die Auswirkungen der Schadstoffbelastung der Elbe insbesondere durch Ammonium, Schwermetalle und chlorierte Kohlenwasserstoffe dargelegt und um wirksame Abhilfemaßnahmen gebeten. Die DDR hat erklärt, im Rahmen ihrer ökonomischen Möglichkeiten Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffbelastung durchzuführen.

Zur Reduzierung der Salzbelastung von Werra und Weser haben Experten beider Seiten technische Lösungsmöglichkeiten erarbeitet. Nach Abschluß laufender Abstimmungen zwischen Bund und Weseranliegerländern sollen abschließende Gespräche mit der DDR über die Realisierung von Maßnahmen zur Reduzierung der Salzbelastung aufgenommen werden.

Zur Sanierung der Röden ist am 12. Oktober 1983 eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR unterschrieben worden.

Zeitlich begrenzt auftretende Belastungen in anderen Gewässern werden im Rahmen der Grenzkommission erörtert.

2. Wie hoch ist die tägliche Salzfracht, die in die Werra eingeleitet wird, und wie verteilt sich diese Menge auf
 - a) Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland,
 - b) Unternehmen aus der DDR?

Die Kaliwerke des Werrareviers leiten im Jahresmittel und bezogen auf das Chloridion etwa 171 Kilogramm je Sekunde in die Werra ein. Davon entfallen

- a) auf Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland etwa 19 Kilogramm je Sekunde,
- b) auf Werke aus der Deutschen Demokratischen Republik etwa 152 Kilogramm je Sekunde.

Wegen der starken Schwankungen ist die Angabe von täglichen Salzfrachten nicht repräsentativ.

3. Welche Maßnahmen haben die Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bereits zur Reduzierung der Salzfracht ergriffen, und in welchem Umfang leisten die Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland Abgaben nach dem Abwasserabgabengesetz?

Die Einleitung von Abwässern aus den Kaliwerken im Werrarevier wurde von der Kaliabwässer-Kommission zuletzt 1951 in der Höhe begrenzt und durch Zuteilung von Quoten an die Werke in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR geregelt.

Salzabwassermengen, die diese Quoten überschritten, wurden auf jeder Seite in tiefe Untergrundschichten des klüftigen Platten-dolomits versenkt.

Die Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland halten sich auch heute noch an die Quotenregelung der Kaliabwässer-Kommission. Sie sind ferner bemüht, durch Einführung moderner abwasserfreier Produktionsverfahren die Abwassermengen erheblich zu vermindern. Abgaben nach dem Abwasserabgabengesetz sind für die Einleitung von salzhaltigen Abwässern nur soweit zu leisten, als die Abwässer für Fische giftig sind. Nach Auskunft des Landes Hessen zahlen die betroffenen Unternehmen die von ihnen erhobene Abwasserabgabe.

Die Unternehmen der DDR haben die Versenkung von Salzabwässern in den Untergrund 1968 aufgegeben und führen seitdem die gesamten Abwässer unmittelbar oder über die Ulster der Werra zu. Der Quotenanteil dieser Werke wird hierdurch um ein Vielfaches überschritten. Ob und ggf. welche Maßnahmen die Werke in der DDR zur Reduzierung der Salzfracht durchgeführt haben, ist der Bundesregierung nicht bekannt.

4. Wie wirkt sich die Einleitung von Salz in die Werra auf die Qualität des Wassers von Werra und Weser aus, und welche konkreten ökologischen Schäden sind in beiden Flüssen bereits eingetreten?

Durch die Salzeinleitungen in die Werra beträgt die mittlere Chloridkonzentration im Wasser unterhalb des Kalireviers bei Widdershausen mehr als 10 Gramm je Liter im Jahresschnitt. In Zeiten niedriger Wasserführung wurden schon bis zu 40 Gramm je Liter ermittelt. Im Vergleich dazu beträgt der Chloridgehalt in der Nordsee ca. 18 Gramm je Liter. Von der Kaliabwässer-Kommission war für den Pegel Widdershausen die zulässige maximale Chloridkonzentration auf 2,5 Gramm je Liter festgesetzt worden.

Die übermäßige Salzfracht der Werra wirkt sich schwerwiegend auf die Qualität des Weserwassers aus.

Bei Bremen werden mittlere Chloridkonzentrationen von über 1000 Milligramm je Liter festgestellt. Demgegenüber hatte die Kaliabwässer-Kommission für diese Stelle lediglich 350 Milligramm je Liter als höchstzulässig festgelegt. Zum Vergleich dazu sollte nach heutigen Erkenntnissen der Chloridgehalt im Wasser 200 Milligramm je Liter nicht übersteigen, wenn es für die Trinkwassergewinnung verwendet werden soll.

Die ökologische Situation von Werra und Weser hat sich durch die Salzeinleitungen einschneidend geändert. Durch die Gefrierpunkterniedrigung und die Veränderung des osmotischen Druckes an den Zellwänden von Pflanze und Tier werden der Stoffwechsel geschädigt und das Lebensmilieu nachteilig verändert. Die Folge ist eine starke Artenverarmung. Auch nehmen bei Chloridkonzentrationen über 2000 mg/l die Fischerkrankungen deutlich zu. Die Salzeinleitungen führen auf diese Weise zu häufigem direkten und mittelbaren Fischsterben.

Außer den Chloridkonzentrationen spielen die Kaliumkonzentrationen eine wesentliche Rolle. Das mitgeführte Kalium wirkt zusätzlich als Zellgift. Die Fische verenden mit Lähmungerscheinungen am Boden des Flusses. Anzeichen von schlechendem Fischsterben waren in der Vergangenheit mehrfach zu beobachten. Zusätzlich zu diesem schlechenden Fischsterben kam es in den letzten Jahren wiederholt zu akutem Fischsterben, nachdem der Chlorid- und der Kaliumgehalt überdurchschnittlich angestiegen waren. Die größten Fischsterben wurden im November 1971 (ca. 15 t Verlust), im Sommer 1973 (ca. 15 t Verlust) und im Oktober 1976 (ca. 40 t Verlust) beobachtet.

Die hohen Salzkonzentrationen, verbunden mit starken Konzentrationsschwankungen, bewirken weiterhin, daß das Sauerstoffbindungsvermögen des Weserwassers vermindert und das Selbstreinigungsvermögen der Weser gesenkt wird.

5. In welchem Zeitraum ist mit einer wesentlichen Verschlechterung der ökologischen Situation von Werra und Weser zu rechnen, wenn es nicht zu einer Reduzierung der Salzfracht kommt, und welche Auswirkungen hätte dies
 - a) für die fischereiliche Nutzung der Flüsse und
 - b) für die Nutzung des Wassers zur Trinkwasserversorgung?

Die ökologische Situation von Werra und Weser ist jetzt schon seit Jahren in einer Weise geschädigt, daß die meisten Nutzungen stark gefährdet sind und teilweise schon aufgegeben werden mußten. Dies gilt gleichermaßen für die fischereiliche Nutzung wie für die Nutzung des Wassers zur Trinkwassergewinnung.

- a) Schon jetzt scheidet die fischereiliche Nutzung der Oberweser als Folge der Salzfracht vollständig aus; denn die Fischpopulation ist zurückgegangen und der verbleibende Rest zu 80 v. H. bis 90 v. H. schwer krank und von Parasiten befallen.
- b) Die Wasserwerke im Wesereinzugsgebiet haben in einem Gutachten die bisher eingetretenen und die zu erwartenden Auswirkungen zusammengestellt. Hiernach mußten schon einzelne Wasserentnahmen aus der Weser und aus dem ufernahen Grundwasser wegen des hohen Chloridgehalts aufgegeben oder stark eingeschränkt werden. Für diese Entnahmen mußten teilweise über Fernleitungen Ersatzwassermengen beschafft werden. Auch heute noch befinden sich im Weser- und Werratal umfangreiche Wasserentnahmen für die Trinkwassergewinnung. Diese Einrichtungen könnten auf Dauer geschädigt werden, wenn es nicht zu einer entscheidenden Reduzierung der heutigen Salzfracht kommt.

6. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Weserbundes e. V., im Einzugsgebiet der Oberweser fünf Wasserspeicherbecken zu errichten und damit die Wassermengen- und Abflußsituation der Weser zu verbessern, besonders unter ökologischen Gesichtspunkten?

Entscheidender Ansatzpunkt für wirksame Maßnahmen muß die Quelle der Verunreinigung sein. Deshalb können nur Anlagen zur Vermeidung von Abwässern und zur Steuerung der Salzkonzentration an den Einleiterwerken in der DDR wirksam Abhilfe schaffen.

Die Vorschläge des Weserbundes sind aus der Sicht der Bundesregierung in gewissem Umfang geeignet, die auch bei Durchführung von Vermeidungsmaßnahmen noch verbleibende Salzbelastung weiter zu mindern und auszugleichen. Daher sind Möglichkeiten zur Verbesserung der Wassermengen- und Abflußsituation in Werra und Weser ebenfalls in die Überlegungen einbezogen worden. Da es sich jedoch um zur Zeit nicht realisierbare und allenfalls um langfristig durchführbare Maßnahmen handeln kann, wurden nähere Untersuchungen auch über mögliche ökologische Gesichtspunkte sowie über örtliche Auswirkungen zurückgestellt.

7. Mit welchem Ergebnis endeten die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR aufgrund der Erklärung vom 30. April 1980 vereinbarten Expertengespräche, und wann wird ein Konzept für die abschließenden Gespräche vorliegen?

Die Expertengespräche sind am 28. Juli 1982 mit einem Bericht über die technischen Lösungsmöglichkeiten zur Reduzierung der Werraversalzung vorläufig abgeschlossen worden.

Das technische Konzept für die abschließenden Gespräche mit der DDR liegt bereits vor. Die Bundesregierung klärt z. Z. mit den betroffenen Ländern die übrigen Voraussetzungen zur Aufnahme der Gespräche, zu denen die DDR bereit ist. Hierzu gehört auch die Prüfung der Frage, ob und in welcher Weise die Bundesrepublik Deutschland eine rasche, drastische Senkung der Salzbelastung von Werra und Weser fördern kann. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die erforderlichen Klärungen in Kürze abgeschlossen werden können.

8. Welche technischen Möglichkeiten bestehen, um eine Reduzierung der Salzbelastung der Werra zu erreichen, und
 - a) welchen Maßnahmen räumt die Bundesregierung Realisierungschancen ein,
 - b) wie hoch belaufen sich die Kosten für die einzelnen Maßnahmen,
 - c) wie verteilen sich die Kosten auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR?

In den Expertengesprächen mit der DDR wurde eine Reihe technischer Möglichkeiten untersucht, die sich eignen könnten, die Salzbelastung der Werra zu senken. Dazu gehören u. a. Verfahren zur Rohstoffrückgewinnung, zur Laugentiefkühlung, zur trockenen Trennung verschiedener Salze sowie die vollständige Abwasserableitung zur Nordsee.

- a) Die Bundesregierung favorisiert gemeinsam mit den betroffenen Bundesländern als Lösungskombination den Bau von Flottationsanlagen in Kaliwerken der DDR und die Errichtung eines unterirdischen Pufferspeichers in der DDR für einen zusätzlichen Konzentrationsausgleich. Hierdurch könnte die Salzbelastung von Werra und Weser etwa auf das von der Kaliabwasser-Kommission festgelegte Maß zurückgeführt werden.
- b) Die Kosten für die einzelnen Maßnahmen können derzeit nur grob geschätzt werden, da ausgereifte Projekte noch nicht vorliegen.
Von einem Investitionsvolumen von mehreren 100 Mio. DM ist allerdings auszugehen.
- c) Die Bundesregierung vertritt den Standpunkt, daß die Kosten für Abhilfemaßnahmen im Umweltschutz vom Verursacher zu tragen sind. Finanzierungsfragen sind mit der DDR bisher nicht erörtert worden.

9. Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Auffassung, daß der Bau einer Salzabwasserleitung angesichts des hohen technischen und finanziellen Aufwandes sowie der möglichen ökologischen Schäden für die Nordsee und das Wattenmeer unterbleiben sollte?

Die Bundesregierung hält nach wie vor eine große Salzabwasserleitung, so wie sie 1977 von den Weseranliegerländern vorgeschlagen worden ist, insbesondere wegen der in der Frage genannten Gründe nicht für realisierbar.

10. Wie hoch sind die Investitionskosten für eine derartige Salzabwasserleitung?

Die Investitionskosten für eine derartige Salzabwasserleitung wurden von den Ländern unter Zugrundelegung eines Rahmenentwurfs nach dem Kostenstand Mitte 1979 mit rd. einer Mrd. DM angegeben.

Da diese Lösung inzwischen verworfen ist, wurden die Kosten nicht auf den heutigen Stand fortgeschrieben.

11. Welche Haltung nehmen die beteiligten Bundesländer hinsichtlich der Übernahme der entstehenden Finanzlasten durch Bund und Länder ein?

Die Länder vertreten wie die Bundesregierung das Verursacherprinzip. In der Frage der entstehenden Finanzlasten finden derzeit Gespräche mit den Bundesländern statt, in denen sich eine Annäherung bisher unterschiedlicher Standpunkte abzeichnet.

12. Sieht die Bundesregierung in der möglichen Weigerung der beteiligten Bundesländer sich an den Kosten zu beteiligen ein unüberwindliches Hindernis für die Realisierung der notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung der Salzfracht in Werra und Weser?

Ohne Beteiligung der Weseranliegerländer sieht die Bundesregierung keine Möglichkeit für die Realisierung von Maßnahmen zur Reduzierung der Werra-Weser-Versalzung. Wie zu Frage 11 ausgeführt, zeichnet sich jedoch eine Annäherung der Standpunkte ab, so daß eine Überwindung des Hindernisses erwartet werden kann.

13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bereitschaft der DDR konstruktiv an der Problemlösung mitzuarbeiten, und welche Vorstellungen hat die DDR bislang entwickelt?

Die Regierung der DDR hat ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Durchführung von Maßnahmen zur Reduzierung der Werra-Weser-Versalzung erklärt und konstruktiv an der Erarbeitung der technischen Lösungsmöglichkeiten mitgewirkt.

14. In welchem Umfang ist die DDR bereit, sich an den entstehenden Kosten zu beteiligen?

Wie zu Frage 8 c ausgeführt, sind Finanzierungsfragen mit der DDR bisher nicht erörtert worden. In welchem Umfang die DDR bereit sein wird, die entstehenden Kosten zu tragen, läßt sich daher im gegenwärtigen Stadium nicht beurteilen. Die Bundesregierung geht allerdings davon aus, daß auch hier das Verursacherprinzip anzuwenden ist.

15. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß nach zweijährigen Verhandlungen weitere Verzögerungen hinsichtlich der Realisierung von Maßnahmen zur Reduzierung der Salzfracht von Werra und Weser nicht hingenommen werden können?

Die Bundesregierung bedauert jede Verzögerung der Realisierung von Maßnahmen zur Reduzierung der Werra-Weser-Versalzung. Sie ist deshalb intensiv und beharrlich darum bemüht, so schnell wie möglich mit den beteiligten Ländern die Voraussetzungen zu schaffen, um abschließende Verhandlungen mit der DDR aufnehmen zu können.

